

Stefan Ederer

Österreich 2025 – Einkommensverteilung und privater Konsum in Österreich

Österreich 2025 – Einkommensverteilung und privater Konsum in Österreich

Die Inlandsnachfrage entwickelte sich in Österreich seit Mitte der 1990er-Jahre weniger dynamisch als davor. Insbesondere die privaten Konsumausgaben, auf die der größte Teil der Inlandsnachfrage entfällt, nahmen nur verhalten zu. Seit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 verstärkte sich dieses Muster weiter. Der vorliegende Beitrag diskutiert mögliche Ursachen dieser Nachfrageschwäche, wobei der Entwicklung der Einkommen und ihrer Verteilung als wichtigster Determinante der Konsumausgaben besonderes Gewicht zukommt. In Modellsimulationen werden die Effekte verschiedener Maßnahmen zur Stärkung des privaten Konsums auf die Einkommensverteilung, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und die Beschäftigung untersucht. Während eine Senkung des Eingangsteuersatzes der Lohnsteuer und eine Senkung der Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung die Einkommensverteilung kaum beeinflussen und daher nur bedingt geeignet sind, um die private Konsumnachfrage zu stärken, hat eine Erhöhung sozialer Transferleistungen für die Haushalte im untersten Einkommensdrittel aufgrund ihrer höheren Konsumneigung merklich positivere Effekte.

Austria 2025 – Income Distribution and Private Consumption in Austria

Since the mid-1990s, domestic demand in Austria has been remarkably weaker than before. Private consumption growth in particular has been rather low. The slackening has been reinforced since the financial and economic crisis of 2008-09. The article looks into possible causes of this slowdown, with a special emphasis on income growth and distribution. We analyse different measures to strengthen private consumption and their effects on income distribution, demand and employment. A reduction of marginal income tax rates or a reduction of employees' social insurance contributions are found to have only marginal effects on the distribution of income and would therefore strengthen private consumption only to a limited extent. In contrast, an increase in social transfers in favour of low-income households would have markedly higher positive effects.

Kontakt:

Dr. Stefan Ederer: WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, stefan.ederer@wifo.ac.at

JEL-Codes: D31, E21, E62, H24 • **Keywords:** Einkommensverteilung, privater Konsum

Der Beitrag beruht auf einer Studie, die im Rahmen des Forschungsprogrammes "Österreich 2025" erstellt wurde: Stefan Ederer, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer-Polly, Serguei Kaniovski, Silvia Rocha-Akis, Gerhard Streicher, Österreich 2025 – Privater Konsum und öffentliche Investitionen in Österreich (September 2016, 48 Seiten, 40 €, Download 32 €: <http://www.wifo.ac.at/wwo/pubid/59037>). In der Studie werden neben den Verteilungsaspekten des privaten Konsums auch jene von Entwicklung und Struktur der öffentlichen Investitionen untersucht.

Das Forschungsprogramm "Österreich 2025" wird von Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, Oesterreichischer Nationalbank, Klima- und Energiefonds, Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz und Hannes Androsch Stiftung bei der Österreichischen Akademie der Wissenschaften finanziell unterstützt. Einzelne Projekte finanziert durch die Bundesarbeitskammer, das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, die Landwirtschaftskammer Österreich und die Wirtschaftskammer Österreich werden ebenfalls im Rahmen des Forschungsprogrammes abgewickelt.

Begutachtung: Stefan Schiman • **Wissenschaftliche Assistenz:** Martina Einsiedl (martina.einsiedl@wifo.ac.at)

1. Einleitung

Das Wirtschaftswachstum eines Landes hängt sowohl von angebotsseitigen als auch von nachfrageseitigen Faktoren ab. Auf der Angebotsseite bestimmen vor allem die Verfügbarkeit der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital sowie der technische Fortschritt – der u. a. von Forschung, Bildung und Innovationen abhängt – die Zunahme des Produktionspotentials. Kurzfristig bestimmt wiederum die Höhe der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage die Auslastung der Produktionskapazitäten und damit die Realisierung der höchstmöglichen Produktion. Nachfrageseitige Faktoren spielen allerdings auch für das langfristige Wirtschaftswachstum eine entscheidende Rolle: Ist die Auslastung der Kapazitäten gering, weil die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage mit dem Anstieg des Produktionspotentials nicht mithält, dann sinkt auch die Bereitschaft der Unternehmen, in neue Anlagen zu investieren. Dies dämpft

das Wachstum des Kapitalstocks und der gesamtwirtschaftlichen Produktivität und somit auch den künftigen Wohlstand.

Höhe und Dynamik der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage spielen daher eine entscheidende Rolle für die Entwicklung einer Volkswirtschaft. Für eine Diskussion der mittelfristigen wirtschaftspolitischen Herausforderungen und Optionen ist eine Berücksichtigung der Nachfrageseite also unumgänglich. Der vorliegende Beitrag untersucht die Entwicklung der Einkommensverteilung und des privaten Konsums in Österreich. Darauf aufbauend werden in Modellsimulationen exemplarisch unterschiedliche Politikmaßnahmen zur Stärkung der Konsumnachfrage analysiert und ihre Verteilungs-, Nachfrage- und Beschäftigungseffekte berechnet.

2. Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage in Österreich

Die österreichische Wirtschaft wuchs in den vergangenen Jahren nur wenig. Neben einer ausgeprägten Schwäche der Weltwirtschaftsdynamik trug dazu auch die verhaltene Entwicklung der Inlandsnachfrage bei. Insbesondere die privaten Konsumausgaben und die Bruttoanlageinvestitionen stiegen seit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 kaum. Die Schwäche der Inlandsnachfrage war jedoch auch schon in den Jahren vor der Krise zu beobachten (Marterbauer et al., 2006). Sie hing eng mit der Entstehung eines exportorientierten Wachstumsmodells in Österreich ab den 1990er-Jahren zusammen.

Im Zuge der weltweiten Deregulierung von Handels- und Kapitalströmen ("Globalisierung") und insbesondere durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union sowie später durch die Integration der ostmitteleuropäischen Länder ("Miniglobalisierung", Breuss, 2015) verlagerte sich das Wachstumsmuster der österreichischen Nachfrage merklich. Im Zeitraum von Anfang der 1980er-Jahre bis Mitte der 1990er-Jahre sowie in der anschließenden Periode bis zur Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 nahm zwar die gesamtwirtschaftliche Produktion real im Durchschnitt um jährlich etwa 2,5% zu (Übersicht 1). Die inländische Nachfrage expandierte hingegen nach 1995 um durchschnittlich $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt pro Jahr schwächer als im Zeitraum davor. Insbesondere die privaten Konsumausgaben – der mit Abstand größte Teil der Inlandsnachfrage – stiegen nur verhalten. Hingegen nahm die Bedeutung des Außenhandels zu. Während aber Ausfuhr und Einfuhr bis Mitte der 1990er-Jahre gleichmäßig stiegen und ihre Beiträge zum Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion einander aufhoben, nahmen im Zeitraum danach die Exporte deutlich stärker zu als die Importe.

In engem Zusammenhang mit der Ausbildung eines exportgetriebenen Wachstums in Österreich stand die Lohnentwicklung. Zwischen den Zeiträumen vor und nach 1995 ist eine deutliche Zäsur zu erkennen (Übersicht 2): Von Anfang der 1980er-Jahre bis Mitte der 1990er-Jahre nahmen die Nominallöhne im Durchschnitt deutlich stärker zu als die gesamtwirtschaftliche Produktivität. Die Lohnquote in Prozent des Volkseinkommens blieb im Großen und Ganzen stabil (Abbildung 1). Ab Mitte der 1990er-Jahre stiegen die Nominallöhne hingegen nur mehr um durchschnittlich $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt pro Jahr stärker als die Produktivität. Damit veränderten sich die relativen Lohnstückkosten zwischen Österreich und seinen Handelspartnern markant, was die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Exportindustrie stärkte.

Die Divergenz der Lohnstückkostenentwicklung schlug sich jedoch nicht im selben Ausmaß in der Preisentwicklung nieder. In Österreich erhöhten sich die Preise seit Mitte der 1990er-Jahre wesentlich stärker als die nominellen Lohnstückkosten. Ein Teil der Inflation entstand also nicht aufgrund des Zuwachses der Löhne, sondern durch Gewinninflation. In der Folge verlagerte sich die Einkommensverteilung in erheblichem Maß zugunsten der Gewinne und zuungunsten der Löhne. Deflationiert mit der Preisentwicklung ergibt sich ein Reallohnwachstum von etwa $\frac{1}{2}$ % pro Jahr. In Summe stiegen die Reallöhne zwischen 1995 und 2007 um nur 5%. Als Konsequenz ging die Lohnquote in diesem Zeitraum von etwa 70% auf 63% zurück.

Übersicht 1: Entwicklung der realen gesamtwirtschaftlichen Nachfrage

	1981/1994	1994/2007	2007/2015
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %			
Privater Konsum ¹⁾	+ 2,3	+ 1,8	+ 0,5
Öffentlicher Konsum	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,2
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2,4	+ 1,7	+ 0,2
Ausrüstungen und Waffensysteme	+ 2,1	+ 2,4	+ 0,6
Bauten	+ 2,4	+ 0,1	- 1,3
Inlandsnachfrage	+ 2,4	+ 1,9	+ 0,5
Exporte	+ 4,0	+ 7,0	+ 1,6
Importe	+ 3,9	+ 5,5	+ 1,5
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,4	+ 2,6	+ 0,6

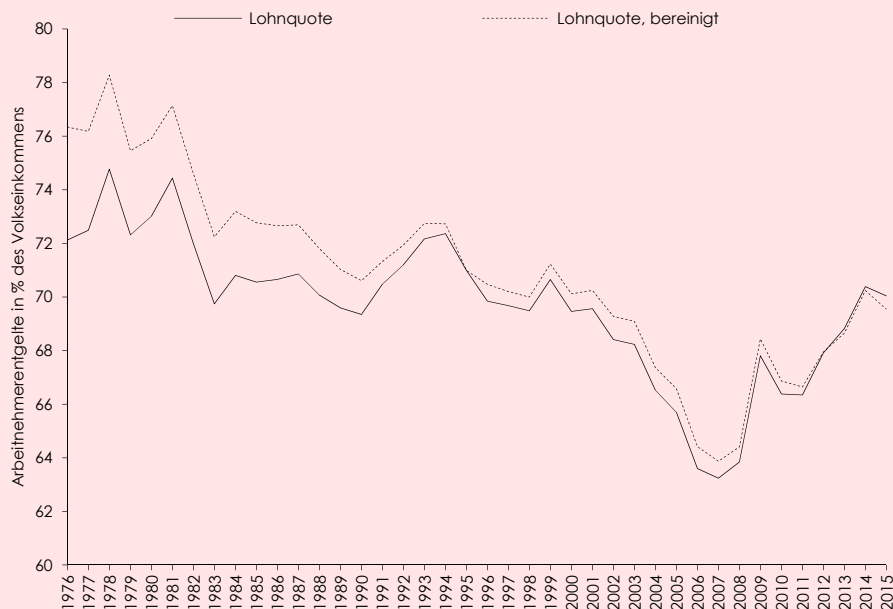
Q: Statistik Austria, WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Übersicht 2: Produktivität und Löhne in Österreich

	1981/1994	1994/2007	2007/2015
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %			
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen bzw. Erwerbstätige)	+ 2,0	+ 1,6	- 0,3
Löhne pro Kopf	+ 4,7	+ 2,1	+ 1,9
Konsumdeflator (2010 = 100)	+ 3,0	+ 1,7	+ 1,9
BIP-Deflator (2010 = 100)	+ 3,2	+ 1,4	+ 1,7
Reallöhne pro Kopf (deflationiert mit Konsumdeflator)	+ 1,6	+ 0,5	- 0,0
Reallöhne pro Kopf (deflationiert mit BIP-Deflator)	+ 1,5	+ 0,7	+ 0,2
Lohnstückkosten (2010 = 100)	+ 2,7	+ 0,5	+ 2,2
Real (deflationiert mit Konsumdeflator)	- 0,3	- 1,1	+ 0,3
Real (deflationiert mit BIP-Deflator)	- 0,5	- 0,9	+ 0,5

Q: Statistik Austria, WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

Abbildung 1: Lohnquote



Q: Statistik Austria, WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Bereinigte Lohnquote: berücksichtigt die Veränderung des Anteils der unselbständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen gegenüber dem Basisjahr 1995.

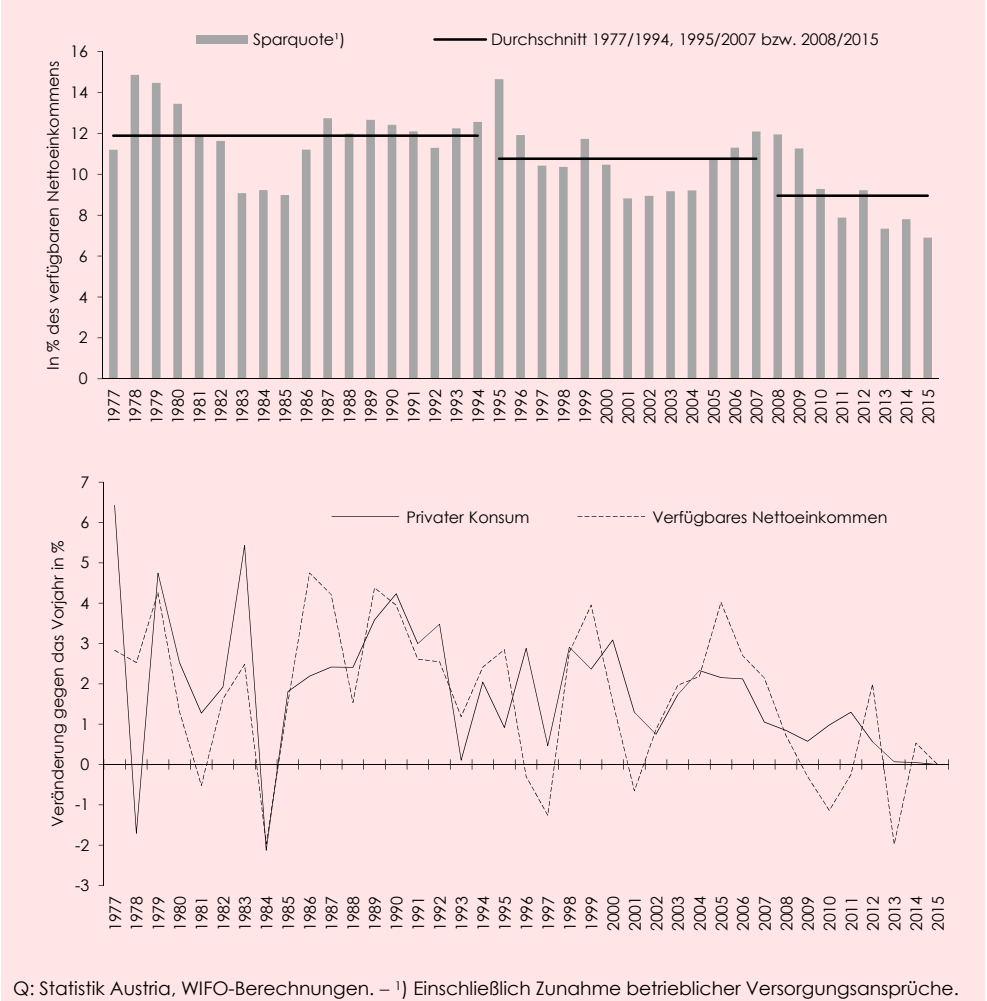
Das exportgetriebene Wachstum stieß in Österreich jedoch in den Jahren nach der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 an seine Grenzen. Die Exporte

expandierten seither merklich schwächer als vor der Krise. Wegen der trüben Aussichten der exportorientierten Industrie blieb darüber hinaus die Investitionsbereitschaft der Unternehmen verhalten. Die gesamtwirtschaftliche Produktion nahm dementsprechend nur geringfügig zu, in erster Linie weil die Bereitschaft und die Möglichkeit vieler Länder, große Leistungsbilanzdefizite zu finanzieren, abnahmen. Die Wirtschaft wächst deshalb auch in den exportorientierten Ländern nur schwach. Während in einer einzelnen kleinen und offenen Volkswirtschaft der Effekt des schwachen Lohnwachstums auf die gesamte Nachfrage (auf Kosten anderer Länder) positiv sein kann, ist er in einem größeren Wirtschaftsraum wie der Europäischen Währungsunion insgesamt negativ (Stockhammer – Ederer, 2008, Stockhammer – Onaran – Ederer, 2009).

3. Konsum und Sparen der privaten Haushalte

Mit einem Anteil von mehr als 50% am Bruttoinlandsprodukt sind die Konsumausgaben der privaten Haushalte die wichtigste Komponente der Inlandsnachfrage. Sie werden vor allem von der Entwicklung der verfügbaren Nettoeinkommen bestimmt. Der im Durchschnitt mäßige Anstieg des privaten Konsums ab Mitte der 1990er-Jahre ging mit einer schwächeren Entwicklung der realen verfügbaren Nettoeinkommen der privaten Haushalte einher (Abbildung 2). Hier schlugen sich die Verschiebung der Einkommensverteilung von Arbeit zu Kapital und das insgesamt schwächere Wirtschaftswachstum unmittelbar nieder.

Abbildung 2: Reales Konsum- und Einkommenswachstum, Sparquote



Von Anfang der 1980er-Jahre bis Mitte der 1990er-Jahre stiegen die real verfügbaren Nettoeinkommen noch geringfügig stärker als der private Konsum. Im darauf

folgenden Zeitraum drehte sich dieses Muster jedoch um. Die Ersparnisbildung – also die Differenz zwischen Einkommen und Konsumausgaben – war also in der ersten Periode höher. Ab Mitte der 1990er-Jahre wurde die Verlangsamung des Einkommenswachstums zum Teil durch eine Verringerung der Ersparnisbildung ausgeglichen. Ohne diesen Rückgang der Sparquote wäre das Wachstum des privaten Konsums noch schwächer ausgefallen. Dieser Trend der Einkommens- und Konsumententwicklung setzte sich auch nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 fort. Die Sparquote war in diesem Zeitraum wegen der schwachen Einkommenszuwächse im Durchschnitt noch niedriger als in den Jahren vor der Krise.

Neben einer Veränderung der verfügbaren Nettoeinkommen insgesamt hat auch die Verlagerung der Einkommen zwischen Gruppen – also die personelle Einkommensverteilung – Einfluss auf die Veränderung der Höhe und Struktur der privaten Konsumausgaben. Haushalte mit höherem verfügbarem Einkommen geben üblicherweise einen geringeren Teil davon für ihren Konsum aus. Die Sparquote – das Spiegelbild der Konsumquote – ist dadurch höher.

Wie die Daten von EU-SILC ab dem Jahr 2004 zeigen, nahm der Anteil des ersten Einkommensterzils am gesamten verfügbaren Haushaltseinkommen zwischen 2004 und 2013 geringfügig ab (Übersicht 3¹⁾). Insbesondere seit dem Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 sank der Anteil merklich, nachdem er in den Jahren des Konjunkturaufschwunges davor etwas gestiegen war. Deutlicher verlagerte sich die Verteilung der Lohneinkommen: Hier ging der Anteil des ersten Einkommensterzils über den gesamten Zeitraum merklich zurück, weil die realen Lohneinkommen im unteren Terzil von 2004 bis 2013 sogar sanken (Übersicht 4). Hingegen nahmen Pensionseinkommen und Transferleistungen im ersten Einkommens-terzil deutlich zu.

Übersicht 3: Verteilung der äquivalenten nominellen Einkommen nach Terzilen

	EU-SILC 2004			EU-SILC 2008			EU-SILC 2013		
	1. Terzil	2. Terzil	3. Terzil	1. Terzil	2. Terzil	3. Terzil	1. Terzil	2. Terzil	3. Terzil
	Anteile in %								
Verfügbares Haushaltseinkommen ¹⁾	17,7	30,0	52,4	18,3	29,8	51,9	17,2	30,2	52,6
Lohneinkommen	12,9	31,6	55,5	11,4	29,6	59,0	10,7	28,8	60,5
Pensionseinkommen	22,4	30,6	47,0	25,9	32,8	41,3	22,8	35,3	41,9
Transferleistungen	42,3	34,1	23,7	45,6	29,7	24,7	43,0	31,0	26,0
Selbständigeneinkommen	9,1	17,2	73,8	14,0	24,6	61,4	14,2	20,2	65,6
Vermögenseinkommen	13,6	15,6	70,7	6,2	15,9	78,0	9,9	17,9	72,2

Q: Statistik Austria, EU-SILC; WIFO-Berechnungen. Terzileinteilung nach äquivalenten verfügbaren Haushaltseinkommen. – ¹⁾ Ohne imputierte Mieten.

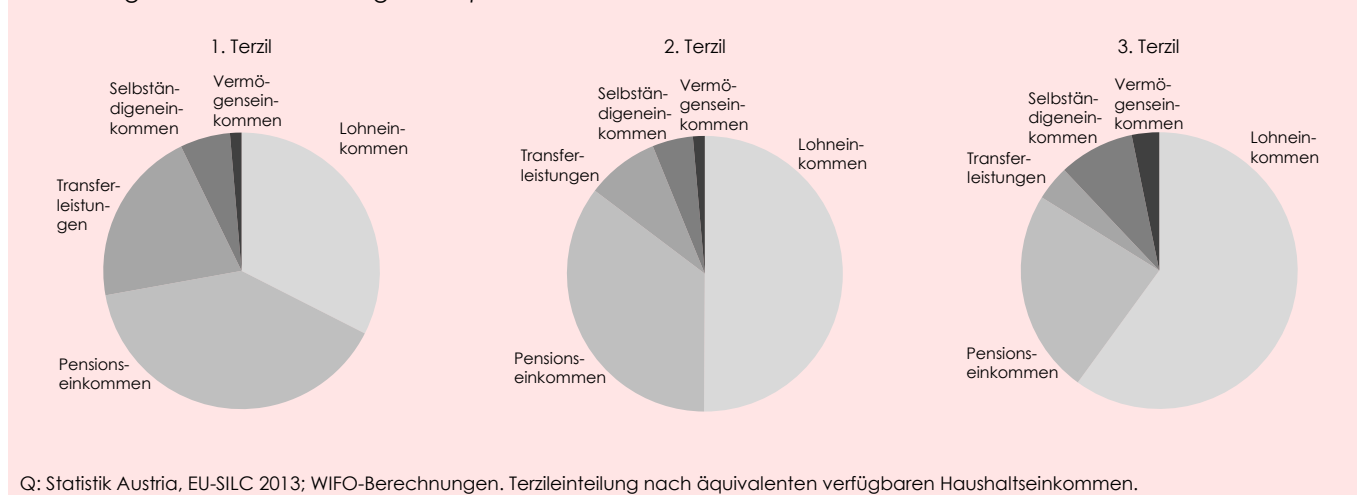
Übersicht 4: Entwicklung der äquivalenten realen Einkommen nach Terzilen

	1. Terzil	2. Terzil	3. Terzil	Insgesamt
	Veränderung der Einkommen laut EU-SILC 2004/2013 in %			
Verfügbares Haushaltseinkommen ¹⁾	+ 13,5	+ 17,2	+ 17,0	+ 16,4
Lohneinkommen	– 1,6	+ 3,2	+ 14,8	+ 8,5
Pensionseinkommen	+ 7,6	+ 10,8	+ 1,3	+ 5,3
Transferleistungen	+ 4,9	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,9
Selbständigeneinkommen	+ 2,2	+ 0,6	– 1,9	– 0,4
Vermögenseinkommen	+ 0,4	+ 0,9	+ 1,8	+ 1,3

Q: Statistik Austria, EU-SILC; WIFO-Berechnungen. Einkommen mit dem Konsumdeflator preisbereinigt. Terzileinteilung nach äquivalenten verfügbaren Haushaltseinkommen. – ¹⁾ Ohne imputierte Mieten.

¹⁾ Auswertung und Darstellung der Ergebnisse der EU-SILC-Daten erfolgen anhand von äquivalenten Werten, wodurch für jeden Haushalt die Zahl und Altersstruktur der Haushaltsmitglieder berücksichtigt wird. Die verwendete Äquivalenzskala schreibt dem ersten Haushaltsmitglied ein Gewicht von 1, jeder weiteren erwachsenen Person ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind (unter 14 Jahren) ein Gewicht von 0,3 zu.

Abbildung 3: Zusammensetzung der äquivalenten nominellen Einkommen nach Terzilen laut EU-SILC 2013



Q: Statistik Austria, EU-SILC 2013; WIFO-Berechnungen. Terzileinteilung nach äquivalenten verfügbaren Haushaltseinkommen.

4. Maßnahmen zur Stärkung der Konsumnachfrage

Vor diesem Hintergrund werden im Folgenden verschiedene Möglichkeiten zur Stärkung der privaten Konsumnachfrage simuliert. Dabei wird untersucht, welche Effekte die Veränderung der verfügbaren Nettoeinkommen der privaten Haushalte und ihrer Verteilung auf den Konsum und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage haben. Mit Hilfe eines mikroökonomischen und eines makroökonomischen Modells werden Verteilungs-, Einkommens-, Nachfrage- und BIP-Effekte der jeweiligen Maßnahmen berechnet²⁾.

Die Wirkungen einer Entlastung der verfügbaren Nettoeinkommen durch die jeweiligen Maßnahmen werden in den folgenden Simulationen zweistufig ermittelt. Im ersten Schritt wird mit dem WIFO-Mikrosimulationsmodell³⁾ die Auswirkung auf die verfügbaren Nettoeinkommen in den verschiedenen Einkommensgruppen berechnet. Das Modell erlaubt dabei die Simulation von Veränderungen im Steuer- und Abgabensystem sowie der sozialen Transferleistungen. In einem zweiten Schritt werden die Ergebnisse der Mikrosimulationen in das WIFO-Macromod⁴⁾ implementiert und so die makroökonomischen Effekte berechnet.

Die hier untersuchten Maßnahmen sollen den grundsätzlichen Spielraum zur Steigerung der Haushaltseinkommen abgrenzen und sind nicht unmittelbar als Politikempfehlungen zu interpretieren. Dazu wäre eine tiefere Diskussion dieser Maßnahmen – einschließlich möglicher Anreizeffekte, Fairnessüberlegungen und der institutionellen Ausgestaltung – notwendig, die in diesem Beitrag nicht geleistet wird. Ziel ist vielmehr die prinzipielle Darstellung unterschiedlicher Maßnahmen zur Stärkung der Konsumnachfrage und ihrer Auswirkungen.

²⁾ In der diesem Artikel zugrundeliegenden Studie werden darüber hinaus sektorale Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte berechnet.

³⁾ Das WIFO-Mikrosimulationsmodell erläutern Ederer et al. (2016) bzw. Grünberger (2009) und Rabethge (2009). Das Modell wird laufend erweitert. Bisherige Anwendungen umfassen u. a. die Analyse der Auswirkungen einer Senkung der Abgabenbelastung auf niedrige Erwerbseinkommen (Mayrhuber – Rocha-Akis – Zulehner, 2014), der Verteilungseffekte der Einkommensteuerreform 2015/16 (Rocha-Akis, 2015) sowie der Progressions- und Umverteilungswirkung des österreichischen Steuer- und Sozialabgabensystems im Zeitraum 2007 bis 2016 (Rocha-Akis – Steiner – Zulehner, 2016).

⁴⁾ Zum WIFO-Macromod siehe Ederer et al. (2016) bzw. Baumgartner – Breuss – Kaniovski (2005). Das WIFO-Macromod bildet auf jährlicher Basis die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge der österreichischen Wirtschaft ab und wird zur Erstellung der mittelfristigen WIFO-Prognose und für die Schätzung der makroökonomischen Wirkungen von wirtschaftspolitischen Maßnahmen verwendet.

4.1 Gesamtwirtschaftliche Effekte einer Veränderung der Einkommensverteilung

Die hier beschriebenen Maßnahmen erhöhen in erster Linie das verfügbare Nettoeinkommen der privaten Haushalte. Da die einzelnen Einkommensgruppen zum einen von den hypothetischen Reformen unterschiedlich betroffen sind und zum anderen eine unterschiedliche Konsumneigung aufweisen, wurde der Einkommens-Konsum-Block im WIFO-Macromod für die vorliegenden Simulationen erweitert.

Auf Basis der Daten zum äquivalenten verfügbaren Haushaltseinkommen gemäß EU-SILC und der Konsumstruktur laut den Konsumerhebungen 1993/94, 1999/2000, 2004/05 und 2009/10 wurden das verfügbare Nettoeinkommen und der private Konsum gemäß ESVG 2010 für die Jahre 1995 bis 2014 in Terzile aufgeteilt und dafür eigene Konsumfunktionen und Definitionen für das verfügbare Nettoeinkommen gebildet. Diese Unterscheidung nach niedrigen, mittleren und hohen Haushaltseinkommen berücksichtigt zum einen die Veränderung der Einkommensverteilung und erfasst zum anderen die Auswirkungen von Einkommensänderungen auf den Konsum durch die nach Haushaltsgruppen unterschiedliche Konsumneigung genauer.

Da für diesen Zeitraum lediglich vier Konsumerhebungen vorliegen und EU-SILC-Daten erst ab 2004 verfügbar sind, war eine getrennte ökonometrische Schätzung der Konsumfunktionen für die Terzile nicht zielführend. Daher wurden auf Basis der gesamtwirtschaftlichen ESVG-Daten die geschätzten Parameter der aggregierten Konsumfunktion herangezogen, um die Konsumfunktionen nach Terzilen zu kalibrieren. Die geschätzte kurzfristige Einkommenselastizität⁵⁾ der aggregierten Konsumfunktion beträgt 0,5, die langfristige Einkommenselastizität 1 und die Anpassungsgeschwindigkeit, mit der Abweichungen von der langfristigen Konsumfunktion korrigiert werden, beträgt 0,2 (Übersicht 5).

Übersicht 5: Konsum der privaten Haushalte nach Terzilen der verfügbaren Haushaltseinkommen

	1. Terzil	2. Terzil	3. Terzil	Insgesamt
<i>Konsumausgaben¹⁾</i>				
Anteile in %	23,8	32,4	43,8	100,0
Durchschnittliche Konsumneigung	1,16	0,98	0,82	0,93
Skaliert (auf die geschätzte langfristige Konsumneigung von 1)	1,2	1,0	0,9	1,0
<i>Konsumfunktionen</i>				
Kurzfristige marginale Konsumneigung	0,8 ²⁾	0,5 ³⁾	0,4 ²⁾	0,5 ⁴⁾
Fehlerkorrektur-Term				
Langfristige marginale Konsumneigung	1,2 ³⁾	1,0 ³⁾	0,9 ³⁾	1,0 ⁴⁾
Anpassungsgeschwindigkeit	0,25 ²⁾	0,20 ²⁾	0,18 ²⁾	0,20 ⁴⁾
<i>Durchschnittliche Konsumneigung</i>				
Nach 1 Jahr	0,8	0,5	0,4	
Nach 2 Jahren	0,9	0,6	0,5	
Nach 5 Jahren	1,1	0,8	0,7	
Nach 10 Jahren	1,2	0,9	0,8	
Nach 20 Jahren	1,2	1,0	0,9	

Q: Statistik Austria, Konsumerhebung 2009/10; WIFO-Macromod; WIFO-Berechnungen. Konsumneigung: privater Konsum in Relation zum verfügbaren Haushaltseinkommen. – ¹⁾ Äquivalente Werte laut Konsumerhebung 2009/10. – ²⁾ Kalibriert, sodass das aggregierte Konsumneigungsprofil der drei Terzil-Konsumprofile jenem der geschätzten gesamtwirtschaftlichen Konsumfunktion entspricht. – ³⁾ Angenommene Werte auf Basis der geschätzten gesamtwirtschaftlichen Konsumfunktion (2. Terzil) bzw. der skalierten durchschnittlichen Konsumneigung (1. und 3. Terzil). – ⁴⁾ Geschätzte gesamtwirtschaftliche Konsumfunktion, Stützperiode 1995 bis 2014.

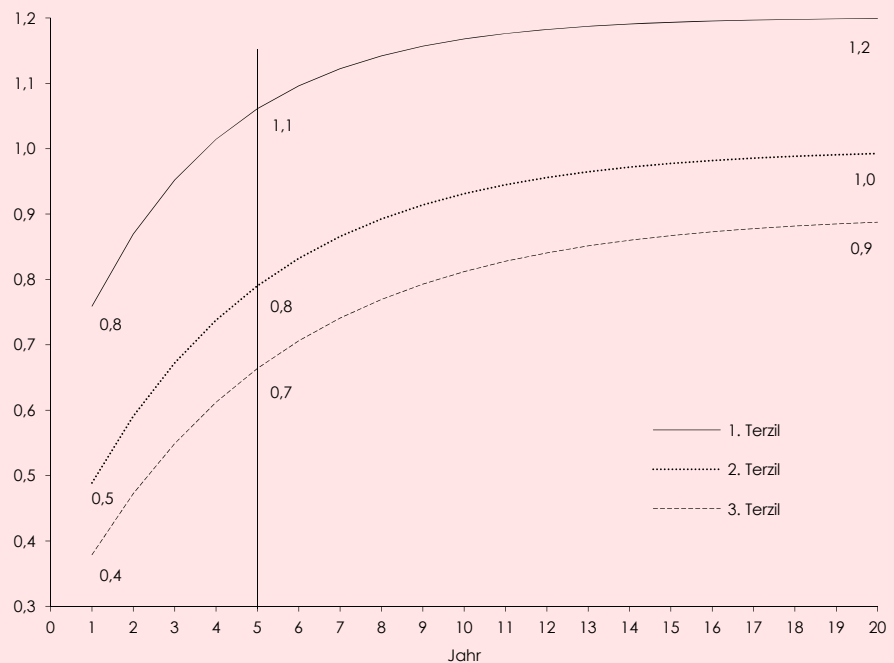
Für die Konsumfunktion der *Haushalte im mittleren Einkommensterzil* wurden die Parameter der gesamtwirtschaftlichen Konsumfunktion unterstellt. Die Haushalte im unteren und im oberen Einkommensterzil unterscheiden sich nach ihrer kurzfristigen und langfristigen Einkommenselastizität sowie in der Anpassungsdynamik: Kurzfristig geben die *Haushalte des ersten Terzils* knapp 80% eines Zusatzeinkommens im ersten

⁵⁾ Die Einkommenselastizität des privaten Konsums in Bezug auf das verfügbare Realeinkommen gibt an, um welchen Prozentsatz sich die Konsumausgaben verändern, wenn sich das Einkommen um 1% ändert.

Jahr aus (kurzfristige Einkommenselastizität 0,8). Für die langfristige Konsumneigung wurde die reskalierte durchschnittliche Konsumquote aus der Konsumerhebung 2009/10 von 1,2 angenommen⁶⁾. Darüber hinaus ist die Anpassungsdynamik zur langfristigen Einkommenselastizität für Haushalte mit niedrigem Einkommen am höchsten (0,25). Für Haushalte des dritten Einkommenssterzils wurden die kurzfristige Einkommenselastizität mit 0,4 und die Anpassungsgeschwindigkeit mit 0,18 angenommen. Langfristig wurde eine Konsumneigung von 0,9 unterstellt.

Die kurzfristige Konsumneigung und die Anpassungsparameter wurden für das erste und das dritte Terzil so gewählt, dass die gewichtete Summe der drei Terzil-Konsumprofile der Summe der geschätzten gesamtwirtschaftlichen Konsumfunktion entspricht. Die Konsumneigungsprofile nach Terzilen bei einem permanenten Anstieg des jeweiligen verfügbaren Realeinkommens um 1% zeigt Abbildung 4.

Abbildung 4: Konsumneigungsprofile nach Terzilen



Q: Statistik Austria, Konsumerhebung 2009/10; WIFO-Macromod; WIFO-Berechnungen. Konsumneigung: privater Konsum in Relation zum verfügbaren Haushaltseinkommen.

4.2 Simulationsergebnisse

Die Auswirkungen einer Entlastung der Haushaltseinkommen mit dem Ziel, die Konsumnachfrage zu stärken, werden mit Hilfe von drei Szenarien untersucht (siehe Kästen). Die ersten zwei Szenarien setzen an einer Veränderung des Steuer- und Abgabensystems an, das dritte Szenario an einer Veränderung der sozialen Transferleistungen. Die Auswahl der Szenarien soll die Bandbreite der Maßnahmen widerspiegeln, mit denen die Einkommen der privaten Haushalte entlastet werden können. Sie sind exemplarisch zu sehen und keine konkreten Politikempfehlungen. Ziel der Simulationen ist die Berechnung der unmittelbaren Effekte einer Erhöhung der Haushaltseinkommen auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Von anderen Effekten,

⁶⁾ Eine langfristige Konsumneigung, die größer als 1 ist, ist für einen einzelnen Haushalt unplausibel, nicht aber für die Haushalte im ersten Einkommenssterzil als Gesamtheit. Während sich ein einzelner Haushalt nicht immer weiter verschulden kann, ohne an die Grenzen seiner Verschuldung zu stoßen, befinden sich in einer Gruppe von Haushalten immer schuldenaufnehmende und schuldenabbauende Haushalte gleichzeitig. Die Gesamtverschuldung der Haushalte kann daher kontinuierlich zunehmen.

wie etwa auf das Arbeitskräfteangebot, und von der konkreten institutionellen Umsetzung der Maßnahmen wird abstrahiert⁷⁾).

Drei Szenarien für eine Entlastung der Haushaltseinkommen um 1 Mrd. € pro Jahr

Szenario 1: Senkung des Eingangssteuersatzes

Der Eingangssteuersatz der Lohnsteuer, der zwischen der Steuerfreibetragsgrenze von 11.000 € und der folgenden Steuertarifstufe von 18.000 € liegt, wird für Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit und Pensionen um 4 Prozentpunkte von 25% auf 21% gesenkt.

Szenario 2: Senkung der Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung

Der Sozialversicherungsbeitragssatz wird für Bruttomonatslöhne zwischen der Geringfügigkeitsgrenze und 800 € um 80%, zwischen 800 € und 1.200 € um 60%, zwischen 1.200 € und 1.500 € um 40% und zwischen 1.500 € und 1.800 € um 20% gesenkt. Dadurch erhöht sich die Bemessungsgrundlage für die Lohnsteuer. Um dem entgegenzuwirken, wird der Eingangssteuersatz der Lohnsteuer um 1 Prozentpunkt gesenkt. Es wird unterstellt, dass der Einnahmehausfall der Sozialversicherungen ausgeglichen wird und keine Leistungskürzungen nach sich zieht.

Szenario 3: Erhöhung der Transfereinkommen für Haushalte mit niedrigem Einkommen

Jene Haushalte, die trotz Erwerbstätigkeit über ein äquivalentes Haushaltseinkommen von weniger als 13.500 € pro Jahr verfügen, werden im Ausmaß der Differenz zwischen dem jährlichen äquivalenten verfügbaren Haushaltseinkommen und der Grenze von 13.500 € subventioniert. Diese Grenze liegt geringfügig unter der Armutsgefährdungsschwelle von 60% des Medianeinkommens¹⁾. Eine solche Maßnahme entspricht etwa einer Anhebung der Mindestsicherung und würde etwa 7% aller Haushalte und etwa 11% aller Erwerbstätigenhaushalte betreffen.

¹⁾ Bei einem hochgerechneten Medianeinkommen 2016 von rund 22.970 € pro Jahr beträgt die Armutsgefährdungsschwelle etwa 13.782 €. Durch die Maßnahme werden etwa 95% aller Erwerbstätigenhaushalte unter der Armutsgefährdungsschwelle subventioniert, und die Subvention kommt ausschließlich solchen Haushalten zugute.

Das gesamte Entlastungsvolumen beträgt in allen drei Szenarien etwa 1 Mrd. €⁸⁾. Das ist gleichbedeutend mit einem Anstieg des gesamten äquivalenten verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte um etwa 0,7% (Übersicht 7).

Von einer Senkung des Eingangssteuersatzes (Szenario 1) profitieren in erster Linie die mittleren und oberen Einkommensgruppen (Übersicht 6): Das (individuelle) Einkommen liegt in rund 40% der Haushalte des unteren Einkommensterzils unter der Steuerfreibetragsgrenze von 11.000 € pro Jahr und wird somit durch diese Maßnahme nicht entlastet. Die Ungleichheit erhöht sich dadurch (geringfügig). Auch der Anteil der armutsgefährdeten Haushalte nimmt zu, da der Median der Haushaltseinkommen und damit auch der Grenzwert für die Armutsgefährdung steigen⁹⁾).

⁷⁾ So wird unterstellt, dass die Dämpfung der Einnahmen aus Steuern und Abgaben keine Leistungskürzungen nach sich zieht. Letztere hätten selbst wieder negative Effekte auf die Konsumnachfrage und damit auch auf die Gesamtwirtschaft und würden somit die Wirkung der untersuchten Maßnahme konterkarieren. Insbesondere unterstellt die Simulation für Szenario 2 (Senkung der Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung), dass die entsprechenden Einnahmehausfälle der Sozialversicherung aus allgemeinen öffentlichen Budgetmitteln ausgeglichen werden.

⁸⁾ Da konkrete Änderungen im Steuer- und Abgabensystem simuliert werden, beträgt das gesamte Entlastungsvolumen in keinem der drei Szenarien exakt 1 Mrd. €. Die Abweichungen von diesem Zielwert betragen jedoch wenige Millionen Euro.

⁹⁾ Der Grenzwert für die Armutsgefährdung liegt bei 60% des äquivalenten Medianeinkommens. Wenn das Medianeinkommen aufgrund der Entlastung steigt, die unteren Haushaltseinkommen aber kaum oder gar nicht zunehmen, dann erhöht sich der Anteil der Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle.

Übersicht 6: Verteilungseffekte einer Entlastung der Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit und Pensionen um 1 Mrd. € 2016

	Äquivalentes verfügbares Haushaltseinkommen			
	Basislösung € pro Jahr (Durchschnitt)	Szenario 1 Abweichungen von der Basislösung in %	Szenario 2	Szenario 3
1. Terzil	12.777	+ 0,5	+ 1,1	+ 6,7
2. Terzil	23.183	+ 0,9	+ 0,8	–
3. Terzil	39.777	+ 0,7	+ 0,4	–
1. Quintil	9.962	+ 0,3	+ 1,1	+14,3
2. Quintil	17.915	+ 0,8	+ 1,1	–
3. Quintil	23.107	+ 0,9	+ 0,8	–
4. Quintil	29.252	+ 0,8	+ 0,6	–
5. Quintil	46.004	+ 0,6	+ 0,3	–
Insgesamt	25.245	+ 0,7	+ 0,6	+ 1,1
Anteil der armutsgefährdeten Haushalte in %	16,6	16,8	16,8	16,6
Gini-Koeffizient	0,284	0,284	0,282	0,271
P90/10	3,631	3,648	3,606	3,028
P75/25	1,870	1,876	1,864	1,870

Q: WIFO-Mikrosimulation mit hochgerechneten und fortgeschriebenen Daten aus EU-SILC 2013. P90/10 . . . Relation des Wertes im 90. Perzentil in Relation zum Wert im 10. Perzentil, P75/25 . . . Relation des Wertes im 75. Perzentil in Relation zum Wert im 25. Perzentil.

Durch eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge (Szenario 2) würden hingegen insbesondere untere und mittlere Einkommen entlastet. Haushalte mit höherem Einkommen profitieren davon weniger, weil der Teil ihres Einkommens, der über der Höchstbeitragsgrundlage (2016: 4.860 € pro Monat) liegt, davon unberührt bleibt. Allerdings bleiben durch diese Maßnahme auch die Einkommen unter der Geringfügigkeitsgrenze unverändert, da sie nicht zwingend sozialversichert sind. Gerade in den unteren Einkommensgruppen ist der Anteil der geringfügig Beschäftigten besonders hoch¹⁰⁾. Auch profitieren diese Einkommensgruppen kaum von der Senkung des Eingangssteuersatzes. Insgesamt sinkt durch eine solche Maßnahme die Ungleichheit geringfügig. Der Anteil der armutsgefährdeten Haushalte nimmt jedoch auch in diesem Szenario leicht zu, da das Medianeinkommen steigt.

Wie die ersten zwei Szenarien zeigen, ist eine Änderung im Steuer- und Abgabensystem nur bedingt geeignet, um niedrige Einkommen zielgerichtet zu entlasten. Im Szenario 3 wird daher eine Veränderung der sozialen Transferleistungen untersucht, durch die das gesamte Entlastungsvolumen im ersten Terzil realisiert wird. Diese Maßnahme setzt nicht – wie die anderen Szenarien – an den individuellen Einkommen an, sondern unmittelbar an den verfügbaren Haushaltseinkommen. Die Entlastung niedriger Individualeinkommen kommt dadurch nicht auch Haushalten mit höherem Einkommen zugute, in denen Niedrigeinkommensbezieher und -bezieherinnen mit Hocheinkommensbezieherinnen und -bezieherinnen in einem gemeinsamen Haushalt zusammenleben. Die Einkommen steigen dadurch im ersten Terzil deutlich, mittlere und hohe Haushaltseinkommen verändern sich nicht. In der Folge wird die Einkommensverteilung merklich gleichmäßiger¹¹⁾.

4.3 Makroökonomische Effekte

Zur Schätzung der gesamtwirtschaftlichen Effekte der genannten Maßnahmen werden die mittels Mikrosimulation berechneten Veränderungen der verfügbaren Haus-

¹⁰⁾ Etwa ein Fünftel der Haushalte im ersten Einkommensterzil bezieht kein sozialversicherungspflichtiges Einkommen.

¹¹⁾ In der Simulation werden allerdings keine Effekte aufgrund geänderter Anreize berücksichtigt. So könnte die Verringerung des Abstandes zwischen Lohnneinkommen und Transferleistungen einen Rückgang des Arbeitskräfteangebotes bewirken. Aktuell dürfte dies jedoch aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit die gesamtwirtschaftliche Produktion nicht dämpfen. Eine stärkere Inanspruchnahme dieser Transferleistung könnte jedoch die öffentlichen Ausgaben stärker erhöhen als in der Simulation unterstellt.

haltseinkommen der drei Einkommensterzile in das makroökonomische Modell WIFO-Macromod implementiert. Als Basisszenario für die Simulationen wird die mittelfristige WIFO-Prognose bis 2020 vom Oktober 2015 (Baumgartner et al., 2015) herangezogen.

Die Höhe des durch die Entlastung induzierten Nachfrageanstieges und des Gesamteffektes auf Bruttoinlandsprodukt und Beschäftigung hängt davon ab, wie sich die Entlastung auf die Haushalte verteilt. Da Haushalte mit niedrigem Einkommen eine deutlich höhere Konsumneigung haben als solche mit mittlerem oder hohem Einkommen, ist der gesamtwirtschaftliche Effekt umso höher, je mehr niedrige Haushaltseinkommen entlastet werden. Die Aufteilung des gesamten Entlastungsvolumens von jeweils etwa 1 Mrd. € auf die Einkommensterzile zeigt Übersicht 7.

Übersicht 7: Entlastungsszenarien

	Verfügbares Haushaltseinkommen			
	1. Terzil	2. Terzil	3. Terzil	Insgesamt
Szenario 1				
Entlastungsvolumen in Mio. €	125,9	365,2	525,3	1.016,4
Anteile an der Entlastung insgesamt in %	12,4	35,9	51,7	100,0
In % des Einkommens	0,5	0,8	0,7	0,7
Einkommensverteilung				
Vor der Reform, Anteile in %	16,4	31,0	52,5	100,0
Nach der Reform, Anteile in %	16,4	31,1	52,5	100,0
Szenario 2				
Entlastungsvolumen in Mio. €	265,6	420,5	340,7	1.026,8
Anteile an der Entlastung insgesamt in %	25,9	41,0	33,2	100,0
In % des Einkommens	1,1	0,9	0,4	0,7
Einkommensverteilung				
Vor der Reform, Anteile in %	16,4	31,0	52,5	100,0
Nach der Reform, Anteile in %	16,5	31,1	52,4	100,0
Szenario 3				
Entlastungsvolumen in Mio. €	1.054,7	–	–	1.054,7
Anteile an der Entlastung insgesamt in %	100,0	–	–	100,0
In % des Einkommens	4,4	–	–	0,7
Einkommensverteilung				
Vor der Reform, Anteile in %	16,4	31,0	52,5	100,0
Nach der Reform, Anteile in %	17,0	30,8	52,2	100,0

Q: WIFO-Mikrosimulationsmodell.

Eine Senkung des Eingangssteuersatzes (Szenario 1) erhöht die mittleren und oberen Einkommen am stärksten. Das zusätzliche Einkommen dieser Gruppen fließt jedoch aufgrund der geringeren Konsumneigung zu einem guten Teil in die Ersparnisse, sodass die Sparquote im ersten Jahr der Simulation deutlich steigt. Die Konsumausgaben der Haushalte im zweiten und dritten Terzil nehmen kurzfristig nur mit der gleichen oder sogar einer geringeren Rate als im ersten Einkommensterzil zu. Langfristig flacht der Anstieg der real verfügbaren Nettoeinkommen wieder etwas ab, und der Effekt auf die Konsumausgaben des ersten und dritten Einkommensterzils gleicht sich an (Übersicht 8).

Hier machen sich zwei Effekte bemerkbar, die auch in den folgenden Simulationen zu beobachten sind: Zum einen steigt die durchschnittliche Konsumneigung in allen Einkommensgruppen im Laufe der Zeit (Übersicht 5 und Abbildung 4). Die kurzfristige Konsumneigung unterscheidet sich zwischen den drei Einkommensterzilen deutlicher als die langfristige. In der Folge gleicht sich der Anstieg der Konsumausgaben im Zeitverlauf etwas an. Da die langfristige Einkommenselastizität in der aggregierten Konsumfunktion für alle Haushalte gleich 1 ist, sinkt die Sparquote im Zeitverlauf wieder auf ihr ursprüngliches Niveau. Zusätzlich bewirken die Nachfrageausweitung und damit die Zunahme der Beschäftigung allmählich einen Anstieg der Verbraucherpreise, der den anfänglichen (nominellen) Schock auf die Einkommen im Zeitverlauf abschwächt. Der Anstieg der real verfügbaren Nettoeinkommen nimmt damit wieder etwas ab.

Der Effekt der Steigerung der Nettoeinkommen auf die Konsumausgaben wird verstärkt, da mit einer Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Aktivität die Ausrüstungs-

und Bauinvestitionen steigen. Allerdings nehmen auch die Importe von Konsum- und Investitionsgütern sowie von Vorleistungen zu. Der Gesamteffekt auf das Bruttoinlandsprodukt beträgt kurzfristig wie langfristig +0,1%. In der Folge steigt die Beschäftigung um etwa 2.800 Personen (+0,1%).

Übersicht 8: Makroökonomische Effekte der Entlastungsmaßnahmen

		Szenario 1		Szenario 2		Szenario 3	
		1. Jahr	5. Jahr	1. Jahr	5. Jahr	1. Jahr	5. Jahr
Kumulierte Abweichung von der Basislösung							
<i>Nachfrage, real</i>							
Bruttoinlandsprodukt	in %	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2
Nominell	in %	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,6
Konsumausgaben							
Private Haushalte ¹⁾	in %	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,6
1. Terzil	in %	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,7	+ 2,4	+ 2,9
2. Terzil	in %	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	± 0,0	- 0,1
3. Terzil	in %	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	± 0,0	- 0,1
Staat		± 0,0	+ 0,1	± 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Bruttoanlageinvestitionen							
Insgesamt	in %	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,2
Private Ausrüstungsinvestitionen	in %	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,2
Private Bauinvestitionen	in %	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,4
Exporte	in %	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Importe	in %	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4
Außenbeitrag in % des BIP	Prozentpunkte	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,2
<i>Preisniveau</i>							
BIP-Deflator	in %	± 0,0	+ 0,2	± 0,0	+ 0,2	± 0,0	+ 0,4
Verbraucherpreise	in %	± 0,0	+ 0,2	± 0,0	+ 0,3	± 0,0	+ 0,5
<i>Inflationsrate</i>							
BIP-Deflator	Prozentpunkte	± 0,0	+ 0,1	± 0,0	+ 0,1	± 0,0	+ 0,1
Verbraucherpreise	Prozentpunkte	± 0,0	+ 0,1	± 0,0	+ 0,1	± 0,0	+ 0,1
<i>Arbeitsmarkt</i>							
Arbeitskräfteangebot	in %	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Unselbständig Beschäftigte ²⁾	in %	± 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
	1.000 Personen	+ 1,7	+ 2,8	+ 2,2	+ 3,3	+ 3,8	+ 5,5
Arbeitslosenquote ³⁾⁴⁾	Prozentpunkte	± 0,0	- 0,1	± 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,1
Arbeitslose ³⁾	1.000 Personen	- 1,3	- 2,1	- 1,6	- 2,5	- 2,9	- 4,2
<i>Einkommen, Sparen</i>							
Bruttobetriebsüberschuss	in %	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,6
Bruttolohn- und -gehaltssumme ⁵⁾	in %	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,6
Reallohn der unselbständig Beschäftigten, pro Kopf	in %	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0	- 0,1
Real verfügbares Einkommen der privaten Haushalte, netto							
Private Haushalte ¹⁾	in %	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,2
1. Terzil	in %	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,6	+ 3,1	+ 2,5
2. Terzil	in %	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,1	- 0,2
3. Terzil	in %	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1	- 0,2
Sparquote ⁶⁾	Prozentpunkte	+ 0,3	± 0,0	+ 0,2	± 0,0	± 0,0	- 0,4
<i>Staatshaushalt</i>							
Staatseinnahmen in % des BIP	Prozentpunkte	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,2	± 0,0	± 0,0
Staatsausgaben in % des BIP	Prozentpunkte	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Finanzierungssaldo in % des BIP	Prozentpunkte	- 0,2	- 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,2	± 0,0
Staatsverschuldung in % des BIP	Prozentpunkte	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,5	- 0,1	- 0,1

Q: WIFO-Macromod. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – ³⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁴⁾ In % der unselbständigen Erwerbspersonen. – ⁵⁾ Ohne Arbeitgeberbeiträge. – ⁶⁾ In % des verfügbaren Nettoeinkommens.

Eine Senkung der Beiträge zur Sozialversicherung (Szenario 2) zieht einen deutlich stärkeren Anstieg der Einkommen im ersten Terzil und einen geringfügig stärkeren im zweiten Terzil nach sich als die Maßnahmen im Szenario 1. Dementsprechend steigen die Konsumausgaben der privaten Haushalte insbesondere im unteren Terzil deutlich stärker als bei einer Senkung des Eingangssteuersatzes. Hingegen werden die oberen Einkommen deutlich weniger angehoben, was – auch aufgrund der niedrigeren Konsumneigung – einen merklich geringeren Anstieg der Konsumausgaben in diesem Terzil nach sich zieht. Die gesamtwirtschaftliche Sparquote erhöht sich im ersten Jahr der Simulation daher weniger stark als in Szenario 1.

Der Effekt der Beitragssenkung auf das Bruttoinlandsprodukt ist im ersten Jahr der Simulation höher als bei einer Senkung des Eingangsteuersatzes, geht aber im Zeitverlauf etwas zurück. Die Zahl der Beschäftigten steigt langfristig um 3.300 Personen.

Eine Ausweitung der sozialen Transferleistungen (Szenario 3), die ausschließlich dem unteren Einkommensdrittel der Haushalte zugutekommt, hat einen kräftigen Anstieg des real verfügbaren Nettoeinkommens und der Konsumausgaben in diesem Terzil zur Folge. Aufgrund der hohen Konsumneigung dieser Einkommensgruppe bleibt die Sparquote im ersten Jahr sogar unverändert, nahezu der gesamte Einkommenszuwachs fließt also in den Konsum. Da im Zeitverlauf allmählich die Preise steigen, sinken die real verfügbaren Nettoeinkommen des mittleren und oberen Einkommens-terzils etwas. Die gesamtwirtschaftliche Sparquote geht daher sogar zurück. Der Effekt dieser Maßnahme auf die gesamtwirtschaftliche Produktion ist deutlich stärker als in den anderen zwei Szenarien. Kurzfristig erhöht sich das Bruttoinlandsprodukt um 0,3% und langfristig um 0,2%. Entsprechend höher ist auch der Beschäftigungseffekt (+5.500 Personen).

Die Effekte auf Bruttoinlandsprodukt und Beschäftigung sind in allen drei Szenarien verhältnismäßig gering, weil das Entlastungsvolumen mit 1 Mrd. € relativ zum gesamten Einkommen klein ist. Setzt man die Effekte in Relation zum Ausgangsschock, dann ergibt sich für Szenario 1 (Senkung des Eingangsteuersatzes) ein kurzfristiger BIP-Multiplikator¹²⁾ von 0,5, der im Zeitverlauf auf 0,3 sinkt (Übersicht 9). Für Szenario 2 (Senkung der Sozialversicherungsbeiträge) ist der Multiplikator nur geringfügig höher. Da in beiden Szenarien auch die mittleren und oberen Einkommen deutlich entlastet werden, fließt ein Teil des Entlastungsvolumens in einen Anstieg der Sparquote, der BIP-Multiplikator ist daher deutlich niedriger als 1. In Szenario 3 hingegen kommt das gesamte Entlastungsvolumen den Haushalten im ersten Terzil zugute, die den gesamten Einkommenszuwachs für Konsumzwecke ausgeben. Unter den getroffenen Annahmen ist der Multiplikator zu Beginn größer als 1 und sinkt dann allmählich auf 0,6.

Die Beschäftigungsmultiplikatoren sind allerdings gering. Eine Erhöhung der Haushaltseinkommen um 1 Mrd. € bringt langfristig eine Steigerung der unselbständigen Beschäftigung um 2.750 bis 5.550, wobei der größte Beschäftigungszuwachs aufgrund des höheren BIP-Effektes in Szenario 3 erfolgt.

Übersicht 9: Multiplikatoren

	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	5. Jahr
	BIP-Multiplikator				
Szenario 1	0,5	0,6	0,5	0,5	0,3
Szenario 2	0,6	0,7	0,6	0,5	0,4
Szenario 3	1,1	1,2	1,1	0,9	0,6
	Beschäftigungsmultiplikator				
Szenario 1	1,721	2,776	3,214	3,180	2,753
Szenario 2	2,151	3,437	3,946	3,872	3,324
Szenario 3	3,848	6,039	6,814	6,577	5,547

Q: WIFO-Macromod.

5. Schlussfolgerungen

Aus den Ergebnissen der Simulationen lassen sich folgende Schlussfolgerungen ziehen:

¹²⁾ Der BIP-Multiplikator ist definiert als der Effekt auf das reale Bruttoinlandsprodukt im Verhältnis zur Erhöhung der verfügbaren Haushaltseinkommen. Letztere beträgt in allen drei Szenarien etwa 1 Mrd. €.

- Eine Entlastung der verfügbaren Haushaltseinkommen hat einen merklich positiven Effekt auf die Konsumausgaben, der umso größer ausfällt, je stärker Haushalte mit niedrigem Einkommen davon profitieren.
- Änderungen im Steuer- und Abgabensystem auf Personenebene sind nur bedingt geeignet, um Haushalte in den unteren Einkommensgruppen zu entlasten, da Haushalte im zweiten und dritten Einkommensterzil ebenfalls wesentlich davon profitieren. Insbesondere eine Senkung des Eingangsteuersatzes erhöht die Einkommen der Haushalte im dritten Terzil deutlich stärker als im ersten und zweiten Terzil, wodurch die Ungleichheit steigt. Auch dürften diese Maßnahmen – wie in der Simulation unterstellt – keine gegenfinanzierenden Kürzungen staatlicher Leistungen nach sich ziehen, deren gesamtwirtschaftliche Effekte die Konsumnachfrage erheblich dämpfen würden.
- Eine Erhöhung der sozialen Transferleistungen auf Haushaltsebene stärkt zielgerichtet die Haushalte mit niedrigem Einkommen, sodass der Effekt einer solchen Maßnahme auf den Konsum im Vergleich mit den anderen Szenarien am höchsten ausfällt. Nicht berücksichtigt sind in der Simulation jedoch Anreizeffekte, die eine Veränderung des Arbeitskräfteangebotes auslösen könnten.
- Aufgrund des insgesamt größeren Effektes auf die Inlandsnachfrage und der höheren Importneigung im unteren Einkommensterzil ist der Anstieg der Importe einer solchen Maßnahme größer als bei einer Veränderung des Steuer- und Abgabensystems.
- Aufgrund des wesentlich stärkeren Effektes einer Erhöhung von Transfers auf das Bruttoinlandsprodukt steigen auch die Staatseinnahmen. Wenn man mögliche Veränderungen des Arbeitskräfteangebotes außer Acht lässt, finanziert sich also diese Maßnahme im Gegensatz zu den anderen teilweise selbst.
- Bei gleicher Belastung der öffentlichen Haushalte haben die Änderungen im Steuer- und Abgabensystem einen halb so großen BIP- und Beschäftigungseffekt (Multiplikator) wie eine Erhöhung der sozialen Transferleistungen auf Haushaltsebene.

Eine Entlastung der verfügbaren Nettoeinkommen ist also geeignet, um die österreichische Inlandsnachfrage zu erhöhen und das Wirtschaftswachstum zu stimulieren. Solche Maßnahmen sind jedoch auch aus verteilungspolitischer Sicht wichtig. Wie allerdings gerade die Simulation einer Einkommenserhöhung zeigt, hängt der Effekt einer Maßnahme wesentlich davon ab, an welchem Politikinstrument sie ansetzt. Weil der Anteil der individuellen Einkommen unter der Steuerfreibetragsgrenze hoch ist, scheint eine Senkung der Einkommensteuertarife aus Nachfrage- und Verteilungssicht weniger zielführend zu sein als eine Anhebung sozialer Transferleistungen auf Haushaltsebene. Ein ähnlicher Effekt könnte alternativ auch durch eine Erhöhung der kollektivvertraglich festgesetzten Mindestlöhne erreicht werden. Diese Maßnahme hätte den Vorteil, unmittelbar die Primäreinkommen zu erhöhen ohne Ausweitung sozialer Transferleistungen. Die Simulation der möglichen positiven Anreizeffekte auf das Arbeitskräfteangebot würde jedoch den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen.

6. Literaturhinweise

- Baumgartner, J., Breuss, F., Kaniovski, S., "WIFO-Macromod – An Econometric Model of the Austrian Economy", OeNB, Workshopbände, 2005, (5), <http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Workshopbaende/2005/Workshop-No.-05.html>.
- Baumgartner, J., Kaniovski, S., Pitlik, H., Schratzenstaller, M., "Mäßiges Wirtschaftswachstum mit hoher Arbeitslosigkeit. Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2020", WIFO-Monatsberichte, 2015, 88(10), S. 779-796, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/58449>.
- Breuss, F., "Österreich in der EU – eine Erfolgsgeschichte", Wirtschaftspolitische Blätter, 2015, (2).
- Ederer, St., Baumgartner, J., Bierbaumer-Polly, J., Kaniovski, S., Rocha-Akis, S., Streicher, G., Österreich 2025 – Privater Konsum und öffentliche Investitionen in Österreich, WIFO, Wien, 2016, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/59037>.
- Grünberger, K., Strukturelle Modelle des Arbeitsangebots: Eine Schätzung erwerbsbezogener Präferenzen österreichischer Haushalte, Diplomarbeit, Universität Wien, 2009.

- Marterbauer, M., Kaniowski, S., Kratena, K., Wüger, M., "Teilstudie 11: Maßnahmen zur Belebung der privaten Inlandsnachfrage", in Aiginger, K., Tichy, G., Walterskirchen, E., WIFO-Weißbuch: Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation, WIFO, Wien, 2006, <http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/27450>.
- Mayrhuber, Ch., Rocha-Akis, S., Zulehner, Ch., "Verteilungseffekte einer Änderung der Abgabenbelastung geringer Erwerbseinkommen in Österreich. Ergebnisse einer Mikrosimulation", WIFO-Monatsberichte, 2014, 87(11), S. 767-781, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/50838>.
- Rabethge, B., Die Methode der Mikrosimulation am Beispiel einer Abschaffung des Alleinverdienerabsetzbezugs, Diplomarbeit, Universität Wien, 2009.
- Rocha-Akis, S., "Verteilungseffekte der Einkommensteuerreform 2015/16", WIFO-Monatsberichte, 2015, 88(5), S. 387-398, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/58170>.
- Rocha-Akis, S., Steiner, V., Zulehner, Ch., "Verteilungswirkungen des österreichischen Steuer- und Sozialabgabensystems 2007/2016", WIFO-Monatsberichte, 2016, 89(5), S. 347-359, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/58833>.
- Stockhammer, E., Ederer, St., "Demand effects of the falling wage share in Austria", Empirica, 2008, 35(5).
- Stockhammer, E., Onaran, O., Ederer, St., "Functional income distribution and aggregate demand in the Euro area", Cambridge Journal of Economics, 2009, 33(1), S. 139-159.